

Russlands nordkaukasisches Jahr

Im Nordkaukasus sind Gewalt und Terror ungebrochen – Moskau gehen die politischen Rezepte aus

Nie seit dem formellen Ende der Tschetschenien-Kriege stand der Nordkaukasus so sehr im Fokus der russischen Politik wie 2009. Auch der Präsident räumte das ein. Doch die Moskauer Politik scheint ratlos. Ein Sonderbeauftragter soll es jetzt richten.

Markus Akeret, Moskau

5 tote Polizisten und 19 Verletzte hat am Mittwochmorgen ein Selbstmordanschlag auf eine Kaserne der Verkehrspolizei in Machatschkala, der Hauptstadt der russischen Teilrepublik Dagestan, gefordert. Nur die Selbstaufopferung der ums Leben gekommenen Polizisten hatte ein grösseres Blutbad verhindern können. Diese hatten in ihrem Fahrzeug den Hof des Gebäudes verlassen wollen, als ihnen der verdächtige Lada-Geländewagen des Attentäters entgegenkam. Der bewusst herbeigeführte Zusammenstoss brachte den Sprengsatz zur Explosion. Gleichentags wurde eine Bombe an einer zentralen Eisenbahnstrecke in Dagestan entdeckt und rechtzeitig entschärft. In der Nachbarrepublik Inguschetien konnte ein Sprengstoffanschlag auf die Gasleitung Mosdok-Tbilissi verhindert werden. Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres scheint sich fortzusetzen, was das vorangegangene geprägt hatte: die nicht abbreissenden Nachrichten von Gewalt und Gegengewalt im Nordkaukasus.

Ein Brandherd

2009 war für die russische Politik so etwas wie ein nordkaukasisches Jahr – und dies nicht in einem erfreulichen Sinn. Erstmals seit dem formellen Ende des zweiten Tschetschenien-Krieges und dem Terroranschlag von Beslan geriet die Region so umfassend ins Blickfeld. Die Ausbreitung der islamistisch und nicht mehr primär nationalistisch fundierten Gewalt über Tschetschenien hinaus, die seit langem bekannt gewesen war, wurde nun auch für Moskau unleugbar. Um 30 Prozent hätten die terroristischen Aktivitäten in Südrussland zugenommen, beschied in seiner Jahresbilanz der zuständige Bevollmächtigte des Präsidenten, Wladimir Ustinow. In Inguschetien häuften sich spektakuläre Anschläge – unter ande-



Der Schauplatz der Explosion in dem dagestanischen Hauptort Machatschkala.

AP

rem auf den Hoffnungsträger der Teilrepublik, Präsident Junus-Bek Jewkurow, und auf ein Polizeihauptquartier. In Dagestan mit seiner fragilen ethnischen Balance begehrten Bevölkerung und Eliten gegen einen von Moskau eingesetzten Steuerkommissär auf. Neben fast täglichen Gewalttaten und Entführungen wurde auch der Innenminister erschossen.

Tschetschenien, dessen selbstherrlicher Präsident Kadyrow stets von der friedlichsten Region Russlands sprach, wurde zwar von den Beschränkungen befreit, die das jahrelang geltende Anti-Terror-Regime der wieder aufstrebenden Republik auferlegt hatte. Wie um Kadyrows Worte zu konterkarieren, häuften sich daraufhin aber die Berichte über Selbstmordanschläge in Grosny und über Kämpfe mit Freischärlern. Die Sicherheitslage war zeitweise so schlecht wie lange nicht mehr. Der Mord an der Menschenrechtsaktivistin Natalia Estemirowa bildete im Sommer den traurigen Höhepunkt der Gewalt-



NZZ-INFOGRAFIK/cke.

serie. Kadyrows skrupellose Politik der harten Hand zeigte ihre Schwächen überdeutlich. Sie hatte eine Atmosphäre geschaffen, in der Kritiker der Macht vogelfrei sind.

Ohnmacht in Moskau

Moskau schaut der Gewaltorgie im Nordkaukasus relativ ohnmächtig zu. Wladimir Putin hatte aus Gründen sei-

ner politischen Biografie – sein Aufstieg an die Macht ist eng mit dem zweiten Tschetschenien-Krieg verbunden – auf Härte gesetzt, Kadyrow freie Hand für die Ausgestaltung eines Quasi-Fürstentums gelassen und an der Nordkaukasus-Politik keine Kritik geduldet. Die grosse Präsenz oftmals rücksichtslos agierender föderaler Sicherheitskräfte brachte die lokale Bevölkerung jedoch gegen die Staatsmacht auf. Dmitri Medwedew machte 2009 den Nordkaukasus zu einem gesamt-russischen Problem – zumindest indem er ohne Wenn und Aber die unzumutbaren Zustände beim Namen nannte und deren Gründe nicht mit ausländischen Verschwörungen, sondern hausgemachten Fehlern erklärte: zu wenig Aufmerksamkeit für die wirtschaftliche Situation, fehlende Perspektiven für die Jugend, die endemische Korruption und Klientelwirtschaft.

Mit der Ernennung des integren Fallschirmspringer-Generals Jewkurow zum Präsidenten Inguschetiens hatte er Ende 2008 einen eigenen Akzent ge-

setzt. Jewkurow verkörpert das Gegenmodell zu Kadyrow. Er suchte mit seinen Kritikern nicht die Konfrontation, sondern das Gespräch. Trotz den Rückschlägen des vergangenen Jahres, die ihn hart auf die Probe stellten, ist Jewkurow der beliebteste Präsident der Region. Der präsidentiale Bevollmächtigte Ustinow erhob dessen Politik gar zum Vorbild für die Amtskollegen.

Doch noch ein Lichtblick?

Das Eingeständnis des Kremls ändert aber nichts daran, dass Rezepte für den Umgang mit der Lage im Nordkaukasus fehlen. Auch Medwedew bedient sich martialischer Rhetorik und verhindert so eine differenziertere Wahrnehmung der Freischärler. Um die komplexe Aufgabe der Entwicklung und Befriedung des Nordkaukasus zu koordinieren, soll nun ein Sonderbeauftragter eingesetzt werden. Dies hatte Medwedew in seiner Rede an die Nation im November angekündigt.

Doch noch immer ist weder bekannt, auf welcher Ebene der Posten angesiedelt sein soll, noch, wer mit der Aufgabe betraut werden könnte. Namen für das Amt, mit dem laut Medwedew die volle Verantwortung für die russische Politik in der Region verbunden sein soll und das einem Himmelfahrtskommando gleicht, zirkulieren in grosser Zahl. Klar ist nur, dass mit einer neuen Funktion noch nichts gelöst ist.

Zu einem seltenen Lichtblick verhalf zum Jahresende der inguschetische Präsident Jewkurow, zusammen mit dem Präsidenten Nordossetiens, Taimuras Mamsurow. Am 17. Dezember unterzeichneten die beiden Republikführer eine Vereinbarung, die den blutig ausgetragenen Streit um die Prigorodni-Region, einen ursprünglich von Inguschen bewohnten, aber zu Nordossetien geschlagenen Landstrich, beilegen und die Rückkehr von mehreren zehntausend Flüchtlingen aus Inguschetien nach Nordossetien ermöglichen soll. Kein anderes Thema neben der täglichen Gewalt liegt den Inguschen so sehr am Herzen wie dieses. Noch ist es zu früh für allzu grosse Hoffnungen. Über den Inhalt des Abkommens ist wenig bekannt, Diskussionen in den beiden Republiken über die neue Entwicklung gab es noch keine. Sollte ein Ausgleich aber zustande kommen, hätte der Nordkaukasus einen Konfliktherd weniger.